Verordnung betreffend Wahl und Organisation der Begutachtungskommission der Paritätischen Kommission für Personalangelegenheiten

Vom 12. Dezember 1996

Der Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt erlässt, gestützt auf § 22 des Beamtengesetzes vom 25. April 1968¹⁾ und §§ 6 und 7 des Lohngesetzes vom 18. Januar 1995²⁾, folgende Verordnung:

I.

Zusammensetzung der Begutachtungskommission

§ 1. Die Begutachtungskommission ist ein Ausschuss der Paritätischen Kommission für Personalangelegenheiten. Sie besteht aus dem Präsidenten bzw. der Präsidentin, dem Vizepräsidenten bzw. der Vizepräsidentin und fünf weiteren Mitgliedern.

²⁾ Die Begutachtungskommission wird durch den vom Regierungsrat gewählten Präsidenten bzw. die Präsidentin der Paritätischen Kommission geleitet.

³⁾ Der Vizepräsident bzw. die Vizepräsidentin und die übrigen fünf Mitglieder werden von der Paritätischen Kommission gewählt und zwar je zur Hälfte aus der Vertretung der Personalverbände und des Regierungsrates.

Auftrag

§ 2. Die Begutachtungskommission hat den Auftrag, den Regierungsrat bei der Anwendung des Lohngesetzes und dessen Ausführungsbestimmungen zu beraten.

¹⁾ SG 162.100.

²⁾ SG 164.100.

Aufgaben und Kompetenzen

§ 3.³⁾ Die Begutachtungskommission nimmt zuhanden des Regierungsrates Stellung,

- wenn bei der Einreihung neuer Stellen zwischen dem Antrag des Departementes, der Direktion bzw. des Gerichts und der Empfehlung der zuständigen Bewertungsgruppe oder Kadergruppe Uneinigkeit besteht,
- wenn gegen die Neueinreihung bestehender Stellen Einsprache erhoben wird,
- wenn gegen die Einreihung einer neuen Stelle gemäss § 6 Lohngesetz Einsprache erhoben wird, sofern die vorgesehene Lohnklasse bei Abschluss des Arbeitsvertrages noch nicht festgestanden hat,
- wenn eine abweichende Regelung über die Ablieferung von Nebeneinkünften gemäss § 20 des Lohngesetzes beantragt wird,
- wenn der Regierungsrat über die Ablehnung der Durchführung eines Neubewertungsverfahrens zu entscheiden hat.

§ 4.⁴⁾ Der Zentrale Personaldienst unterbreitet Weiterentwicklungen der Modellumschreibungen der Begutachtungskommission zur Stellungnahme. Diese nimmt in einem Bericht an den Regierungsrat Stellung.

§ 5.⁵⁾ Die Begutachtungskommission behandelt alle Geschäfte, die der Regierungsrat, die Paritätische Kommission oder der Zentrale Personaldienst ihr zuweisen.

II. ORGANISATION

Verhandlungsfähigkeit

§ 6. Die Begutachtungskommission ist verhandlungs- und beschlussfähig, wenn neben dem Präsidenten bzw. der Präsidentin mindestens vier Mitglieder anwesend sind. Die paritätische Zusammensetzung muss an jeder Sitzung gewährleistet sein.⁶⁾

²⁾ Stimmberechtigt sind alle sieben Mitglieder der Begutachtungskommission. Bei Stimmgleichheit hat der Präsident bzw. die Präsidentin den Stichentscheid.

³⁾ Die Verhandlungen und Beschlüsse der Begutachtungskommission sind vertraulich.

³⁾ §§ 3, 4, 5, 7, 8 und 10 in der Fassung des RRB vom 18. 12. 2001 (wirksam seit 23. 12. 2001).

⁴⁾ § 4: Siehe Fussnote 3.

⁵⁾ § 5: Siehe Fussnote 3.

⁶⁾ § 6 Abs. 1 in der Fassung des RRB vom 18. 12. 2001 (wirksam seit 23. 12. 2001).

Entscheidungsgrundlagen

§ 7.⁷⁾ Zu den Geschäften der Begutachtungskommission stellt der Zentrale Personaldienst die Entscheidungsunterlagen zusammen.

§ 8.⁸⁾ Die Begutachtungskommission ist berechtigt, alle erforderlichen Informationen durch den Zentralen Personaldienst oder direkt zu beschaffen. Insbesondere kann sie Sachverständige beiziehen, eine vorgesetzte Person anhören oder die betroffene Person befragen.

Protokoll und Erwägungen

§ 9. Über jede Sitzung ist ein Protokoll zu führen, welches die Abstimmungsergebnisse enthält.

² Das Sekretariat fasst die schriftlichen Stellungnahmen der Begutachtungskommission zuhanden des Regierungsrates. Die Stellungnahmen sind von der Begutachtungskommission zu genehmigen.⁹⁾

Sekretariat

§ 10.¹⁰⁾ Der Zentrale Personaldienst führt das Sekretariat der Begutachtungskommission.

III. SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 11. Diese Verordnung wird publiziert; sie wird sofort wirksam.¹¹⁾

§ 12. Auf den Zeitpunkt der Wirksamkeit wird das Pflichtenheft der Begutachtungskommission der Paritätischen Kommission für Personalangelegenheiten vom 16. Januar 1978 aufgehoben.

⁷⁾ § 7: Siehe Fussnote 3.

⁸⁾ § 8: Siehe Fussnote 3.

⁹⁾ § 9 Abs. 2 in der Fassung des RRB vom 18. 12. 2001 (wirksam seit 23. 12. 2001).

¹⁰⁾ § 10: Siehe Fussnote 3.

¹¹⁾ Wirksam seit 22. 12. 1996.